



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Unternehmerinnen in Deutschland e.V.

Stand vom 31.03.2025 10:34:06 bis 28.07.2025 16:17:51

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|---|
| Registernummer: | R000836 |
| Ersteintrag: | 22.02.2022 |
| Letzte Änderung: | 31.03.2025 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 31.03.2025 |
| Tätigkeitskategorie: | Arbeitgeberverband |
| Kontaktdaten: | Adresse: Glinkastraße 32 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493020059190 E-Mail-Adressen: info@vdu.de Webseiten: www.vdu.de |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

140.001 bis 150.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Christina Diem-Puello**
Funktion: Präsidentin
2. **Dr. Andrea Reichert-Clauß**
Funktion: Mitglied des Präsidiums, 1. Vizepräsidentin
3. **Caroline Eichin-Fritz**
Funktion: Mitglied des Präsidiums, 2. Vizepräsidentin, Schatzmeisterin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Evelyne de Gruyter**
2. **Inken Patermann**
3. **Kamala Jakubeit**
4. **Lucie Zmijanjac**
5. **Christina Diem-Puello**
6. **Dr. Andrea Reichert-Clauß**

Gesamtzahl der Mitglieder:

1.220 Mitglieder am 28.02.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (3):

1. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA)
2. Femmes Chefs d'Entreprises Mondiales (FCEM)
3. Berliner Erklärung

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der VdU vertritt seit 1954 branchenübergreifend die Interessen von Unternehmerinnen gegenüber Politik und Gesellschaft. In besonderem Maße zeichnet uns die Verbindung von

unternehmerischer und gleichstellungspolitischer Interessenvertretung aus. Wir setzen uns für verlässliche und zeitgemäße politische Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbstständige, die Stärkung weiblichen Unternehmertums, eine Steigerung des Anteils von Frauen unter Gründer*innen, in den Unternehmensführungen und in der Unternehmensnachfolge sowie für bessere Bedingungen für Frauen in der Wirtschaft ein.

Wir führen Gespräche mit Personen aus Bundestag und Bundesregierung, wir organisieren und verantworten Diskussionsveranstaltungen zu politisch relevanten Themen, wir versenden Positionen und Stellungnahmen an die genannten politische Akteure. Vereinzelt werden wir als Sachverständige in Bundestagsausschüsse eingeladen.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag das Ziel verankert, Familien dabei zu unterstützen, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter aufzuteilen. Verschiedene, mehr oder weniger wirkungsvolle politische Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren ergriffen, um dieses Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Sie adressieren im Kern vor allem Arbeitnehmer*innen. Die Belange von Selbstständigen und Unternehmer*innen wurden bisher nur am Rande berücksichtigt. Es bedarf eines Bündels von zusammenwirkenden Maßnahmen: Daher bedarf es einer stärkeren Berücksichtigung von selbstständigen Gründerinnen beim Mutterschutz und in der Ausgestaltung und Berechnung des Elterngelds und die systematische Absetzbarkeit beruflich veranlasster Kinderbetreuungskosten

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 129/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

MuSchG 2018 [alle RV hierzu]; BEEG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

2. Reform Ehegattensplitting**Beschreibung:**

Ziel der Interessensvertretung ist eine Reform des bestehenden Ehegattensplittings hin zu einem Individual- oder Realsplittings mit übertragbaren Freibeträgen in Höhe des Grundfreibetrags für eine faire Familienpolitik und um das Erwerbspotenzial von Frauen zu steigern.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

3. Arbeitszeitflexibilisierung und Tarifbindung**Beschreibung:**

Die restriktiven Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes schränken insb. KMU ein, den Wünschen der Arbeitnehmer*innen entgegenzukommen. Wir regen daher eine behutsame Novellierung des Arbeitszeitgesetzes an. Wir fordern: Wochenarbeitszeit, gelegentliche Ausweitung Höchstarbeitszeit, Reduzierung der Mindestruhezeit, keine Reform, die sich auf tarifliche Öffnungsklauseln beschränkt. Gerade im Mittelstand sind Tarifverträge historisch und gegenwärtig fremd und werden es aller Voraussicht nach auch künftig sein.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Mit dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten Modellprojekt „she succeeds – Mehr weibliche Nachfolge!“ möchte der Verband deutscher Unternehmerinnen neue Impulse für die Unternehmensnachfolge geben und setzt sich dafür ein, dass der erfolgreiche Generationswechsel und Frauen in der Unternehmensnachfolge zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft werden.

Mit verschiedenen Angeboten möchten wir zum einen Selbstständigkeit als eine attraktive Karriereoption für Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen herausstellen und sie für die Unternehmensnachfolge gewinnen. Zum anderen sollen Übergeber*innen frühzeitig für die Auseinandersetzung mit der Unternehmensübergabe sensibilisiert werden. Im Fokus der Aktivitäten steht dabei vor allem das Aufzeigen von Rollenvorbildern sowie die Vernetzung von Alt-Inhaber*innen und Nachfolgerinnen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

900.001 bis 910.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[230621_Rechenschaftsbericht-2023_LobbyReg.pdf](#)